



RATSFRAKTION WUPPERTAL
Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

*Herrn
Oberbürgermeister Peter Jung
Rathaus
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal*

Es informiert Sie Frau van der Most

Anschrift Rathaus Barmen
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal

Telefon (0202) 563-6272
Fax (0202) 563-8573
E-Mail fraktion@fdp-wuppertal.de

Datum 27.03.2014

Drucks. Nr. VO/0255/14
öffentlich

Antrag

Zur Sitzung am **07.04.2014** Gremium **Rat der Stadt Wuppertal**

Resolution "Dauerhafte Sicherung der Schulsozialarbeit durch das Land"

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal beantragt, der Rat der Stadt Wuppertal möge folgenden Beschluss fassen:

Der Rat der Stadt Wuppertal fordert die Landesregierung auf, die Finanzierung der Schulsozialarbeit durch das Land dauerhaft zu sichern.
Die Landesregierung muss die Zuständigkeit für die Schulsozialarbeit als Bestandteil der Bildungspolitik und des Schulwesens anerkennen und ihre Verantwortung zur Finanzierung nachkommen.

Der Rat der Stadt Wuppertal erwartet, dass das Hin – und Herschieben der Finanzierungsverantwortung für die Schulsozialarbeit beendet wird.

Des weiteren erwartet der Rat der Stadt Wuppertal, dass die Finanzierung der Schulsozialarbeit über das Jahr 2014 hinaus nicht auf die Kommunen abgewälzt wird.

Begründung

In einem aktuellen Schreiben des Staatssekretärs im Bundesministerium für Arbeit und Soziales wird die Finanzierungsverantwortung des Bundes für die Schulsozialarbeit erneut (diesmal von Ministerin Nahles) abgelehnt. Wörtlich heißt es in dem Schreiben:

„Die Zuständigkeit für Schulsozialarbeit liegt nach der verfassungsrechtlichen Kompetenzordnung jedoch nicht beim Bund. Schulsozialarbeit bildet eine Schnittstelle zwischen Schulen, Familien und Jugendhilfe und damit einen Bestandteil der allgemeinen Bildungspolitik und des Schulwesens. Die Verantwortung für den Bildungsbereich ist den Ländern zugewiesen.“

Die Länder sind somit in der Pflicht, diese Mittel für die dauerhafte Finanzierung der Schulsozialarbeit einzusetzen. In anderen Ländern ist dies im Übrigen längst umgesetzt und nicht strittig.

Das Land NRW schiebt jedoch seit Jahren die Verantwortung für die Schulsozialarbeit von sich.

Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD sind 6 Milliarden Euro für die Länder zur Finanzierung von Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hochschulen vorgesehen. In diesem Paket sind 400 Mio. Euro für die weitere Schulsozialarbeit enthalten.

Daher muss die Finanzierung jetzt von Land gesichert werden und darf nach 2014 nicht weiter auf die Kommunen übertragen werden, auch nicht mit dem Hinweis, dass der Bund die Kommunen bereits finanziell unterstützt, indem er diesen die Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erstattet. Diese finanzielle Entlastung kann ja nicht dazu dienen, dass die Kommunen damit Aufgaben der Länder – hier Bildungsaufgaben – finanzieren.

Mit freundlichen Grüßen

Manfred Todtenhausen